



# FIGU OFFENER BRIEF



Erscheinungsweise:  
Sporadisch

Internet: <http://www.figu.org>  
E-Mail: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

2. Jahrgang  
Nr. 4, April 2008

## **Die Stimme des Gewissens ist leise, Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel, aber eben doch so laut, dass sie nicht überhört werden kann.**

Sehr geehrte Frau Merkel

Als Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland (BRD) ist es Ihnen allein vorbehalten, die grundsätzlichen und richtungsweisenden Entscheidungen bei der Führung der Regierungsgeschäfte zu treffen. In Artikel 65 des Grundgesetzes der BRD heisst es: «Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung.» Auch eine Koalitionsvereinbarung, wie sie derzeit in der Bundesregierung gegeben ist, kann Ihre Richtlinienkompetenz als Kanzlerin nicht einschränken.

Nach Ihrer Wahl zur Bundeskanzlerin am 22. November 2005 wurden Sie vom Bundespräsidenten ernannt und vor dem Bundestag vereidigt. Sie haben dabei folgenden Eid abgelegt: «Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.» (Artikel 56 des Grundgesetzes.)

Es geht in diesem Brief nicht darum, Sie als Mensch zu beschimpfen oder zu beleidigen, Frau Merkel. Dennoch kritisiere ich Ihr meiner Ansicht nach falsches und unverantwortliches Tun mit offenen, unpolitischen Worten. Als Mitmensch in völliger Gleichwertigkeit gebührt Ihnen wie jedem anderen Menschen meine Anerkennung und mein Respekt, und als Mensch sind Sie für mich ehrwürdig und in Ihrer Würde unantastbar.

Ihre Pflicht und zugleich Ihre weitreichende Verantwortung ist es, die Richtlinien der Politik festzulegen. Die von Ihnen bestimmten Richtlinien sollen zu Beschlüssen und Handlungen führen, die dem Wohl des deutschen Volkes dienen und Schaden von ihm abwenden. Um dieser Verantwortung gerecht werden zu können, müssen die von Ihnen festgelegten Richtlinien logisch, gerecht, ausgewogen und zielgerichtet sein. Dies wiederum setzt voraus, dass in Ihrer Persönlichkeit und in Ihrem Charakter unumstössliche Grundprinzipien verankert sind, die auf Tugenden und wahrer Menschlichkeit aufgebaut sind. Dazu gehören Mitgefühl, Ehrlichkeit, Intelligenz, Disziplin, Verantwortungsbewusstsein und Wahrheitsliebe. Notwendig sind auch eigens erarbeitetes Wissen, Führungskraft, Selbstlosigkeit und praktische Lebenserfahrung. Nicht zuletzt sind in einer leitenden Position die Fähigkeiten des Realismus, der Neutralität und Objektivität im Wahrnehmen sowie das Erkennen und Beurteilen der Wirklichkeiten des Lebens erforderlich. Nur

durch das Erkennen der effektiven Wirklichkeit aller gegebenen Tatsachen können Sie folgerichtige Gedankenprozesse kreieren resp. Entscheidungen treffen, die auf das Wohl des eigenen Volkes und der gesamten Erdenmenschheit und damit auf effektiven Frieden, wirkliche Freiheit und Gerechtigkeit ausgerichtet sind.

Als promovierte Naturwissenschaftlerin sind Ihnen die naturwissenschaftlichen Grundprinzipien der Wahrheit, der Nachprüfbarkeit und der Empirie (durch wissenschaftliche Prinzipien geleitete Erfahrung der Realität) durch Ihre frühere Tätigkeit als Physikerin vertraut. Leider scheinen Ihnen diese grundlegend wichtigen Werte für das Erkennen der effektiven Tatsachen des Weltgeschehens teilweise abhanden gekommen zu sein. Zu diesem Schluss komme ich, wenn ich die von Ihnen vorgegebenen Richtlinien der deutschen Aussenpolitik betrachte. Insbesondere ist es das wahre Gesicht und die wirkliche Gesinnung der Vereinigten Staaten von Amerika (USA), die Sie entweder völlig falsch einschätzen oder aber in bewusster Kenntnis der Tatsachen nahezu kritiklos hinnehmen. Offenbar sind Sie dem US-Präsidenten George W. Bush in einer gewissen Hörigkeit ergeben, wodurch Sie unfähig sind, der US-Regierung gegenüber einen eigenen Standpunkt zu vertreten und der Wahrheit ins Auge zu blicken, wessen ‹Geistes Kind› US-Amerika und im speziellen sein Präsident in Wahrheit sind. Die USA werden geführt von verantwortungslosen Staatsmächtigen und Terroristen, die Krieg und Terror fördern, befürworten und ausführen. Das trifft in gleicher Weise zu auf deren Befürworter, Mitläufer und Pro- und Hurraheuler, zu denen derzeit leider auch Sie gehören, Frau Merkel. Den US-Staatsmächtigen geht es seit der Gründerzeit der Vereinigten Staaten von Amerika vor allem anderen um die Erringung der Weltherrschaft, und zur Erreichung dieses Zieles sind ihnen alle Mittel recht. Dabei nehmen es Bush und Konsorten in verbrecherischer Weise in Kauf, dass durch ihre kriminellen Kriege und den weltumspannenden US-Staatsterrorismus Tausende unschuldiger Kinder, Frauen und Männer ermordet werden. Dies beweisen in der jüngsten Vergangenheit die von den USA angezettelten Angriffskriege in Afghanistan und im Irak, bei denen von einem Recht auf Notwehr keine Rede sein konnte, weil zu keiner Zeit ein direkter Angriff auf die USA drohte. Bis heute haben sich die USA in diesen und anderen Ländern festgesetzt, um sich die dort befindlichen Bodenschätze unter den Nagel zu reissen, die sie für den Erhalt resp. den Ausbau ihrer Weltmachtstellung benötigen. Dass dabei Zigtausende Menschen durch die menschenverachtende Militärmaschinerie der USA ihr Leben verlieren, stört die US-Verantwortlichen der Regierung, des Militärs und der Geheimdienste in keiner Weise, weil für sie ein Menschenleben nichts gilt. Ein weiteres Beispiel für die Gewissenlosigkeit der US-Herren und ihrer Schergen ist das mit einem Konzentrationslager (KZ) vergleichbare US-Gefangenenlager Guantánamo, in dem Menschen ohne Anklage, ohne Rechtsbeistand und ohne faire Verhandlung wie Vieh gefangengehalten, gefoltert und schlimmsten körperlichen und psychischen Torturen ausgesetzt werden. Bei Ihrem Antrittsbesuch im Januar 2006 haben Sie gegenüber dem US-Präsidenten George W. Bush öffentlich die Schliessung des US-Gefangenenlagers Guantánamo auf Kuba gefordert. Sie wurden damals von Bush mit dem Versprechen abgespiesen, dass das Lager irgendwann geschlossen würde; seinen lügnerischen Worten folgten jedoch keine Taten. Durch Ihr seitheriges Schweigen machen Sie sich mitschuldig am fortdauernden Leid und Elend vieler Guantánamo-Insassen, die dort ohne vorhergehende Gerichtsverhandlung und damit unrechtmässig festgehalten werden. Im November 2006 wurde bekannt, dass US-Transporte nach Guantánamo auch von Deutschland aus koordiniert und geplant wurden. Bis dahin geheim gehaltene US-Papiere belegten, dass nebst anderen Stützpunkten das US-Militärkommando für Europa mit Sitz in Stuttgart eine Schaltzentrale für Verschleppungen war. Auch dafür sind Sie als deutsche Regierungschefin durch das stillschweigende Dulden resp. Verheimlichen dieser Vorgänge mitverantwortlich. Doch damit nicht genug: Mit der Befürwortung von Foltergeständnissen stellt sich der von Ihnen bestimmte deutsche Innenminister Schäuble in eine Linie mit der christlichen Inquisition, die ihren Opfern mit bestialischer Grausamkeit Falschaussagen abquälte, um sie dann sadistisch abzuschlachten, zu verbrennen und zu ermorden. Wenn Sie und Herr Schäuble diese Art von perverser ‹Rechtsstaatlichkeit› im Namen Ihrer christlichen Partei CDU und als gewissenlose Vasallen der US-Folterschergen gutheissen, dann wird einem dabei speiübel.

George W. Bush warnte im Oktober 2007 die Welt mit Blick auf das iranische Atomprogramm vor einem Dritten Weltkrieg. Das ist ein zynisches Paradoxum, denn nur den US-Kongresswahlen vom 7. November 2006, bei denen die Demokraten die Mehrheit im Repräsentantenhaus zurückeroberten konnten, ist es zu verdanken, dass George W. Bush im November 2006 den vom ihm bereits geplanten und beschlossenen Krieg gegen den Iran nicht vom Zaun brechen konnte, der fast zwangsläufig zu einem verheerenden Dritten Weltkrieg geführt hätte. Wenn dieser grössenwahnsinnige und unglaublich selbstherrliche US-Präsident jetzt zu Recht vor dem ebenso gefährlichen und gewissenlosen iranischen Präsidenten Ahmadinedschad warnt, denkt er nicht daran, die derzeit grösste Gefahr für den Weltfrieden zu erwähnen: die Weltpolizei spielende USA. Allen voran ist der sektiererisch-psychopathische US-Präsident George W. Bush, in seiner völligen Verantwortungslosigkeit und Unberechenbarkeit, die momentan grösste Ursache für einen drohenden Dritten Weltkrieg. Als Mitglied der rassistischen Evangelikaner-Sekte zeigt er auf, welches zerstörerische Potential ein bewusstseins- und persönlichkeitsgestörter Alkoholiker entfalten kann, der im Wahn lebt, von seinem christlichen «Gott» persönlich den Befehl erhalten zu haben, mörderische Angriffskriege zu führen, Intoleranz, Hass und Gewalt zu schüren und ein KZ namens «Guantánamo Bay» zu errichten. Was die Menschheit braucht, sind nicht fehlgeleitete, religiöse Fanatiker oder gewissenlose Politiker wie Bush, Rice, Blair oder Brown und deren Helfer und Befürworter, sondern weise Ratgeber mit Besonnenheit, Verstand, Vernunft, einem grossen Verantwortungsbewusstsein und wirklicher Menschlichkeit.

Artikel 1 des Grundgesetzes der BRD (Menschenwürde; Grundrechtsbindung der staatlichen Gewalt), dem Sie verpflichtet sind, lautet wie folgt:

- (1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
- (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräusserlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
- (3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2 (Allgemeine Handlungsfreiheit; Freiheit der Person; Recht auf Leben):

- (1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmässige Ordnung oder das Sittengesetz verstösst.
- (2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur aufgrund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Wie vereinbaren sich die durch nichts zu rechtfertigenden gesetzlosen, menschenverachtenden Verbrechen US-Amerikas mit dem von Ihnen, Frau Merkel, gesprochenen Amtseid und Ihrer Verpflichtung, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes zu wahren und zu verteidigen, Ihre Pflichten gewissenhaft zu erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben?

Offenbar fühlen Sie sich durch falsch verstandene Dankbarkeit und Treue gegenüber den USA dazu verpflichtet, den US-Verantwortlichen in jeder Hinsicht zu folgen und nehmen dabei das Leiden und den Tod vieler unschuldiger Menschen in Kauf, die durch US-Machenschaften gefoltert und ermordet werden. Sie folgen dem gewissenlosen US-Präsidenten George W. Bush in einer fatalen Nibelungentreue und unterstützen durch ihr Stillschweigen seine verantwortungslose, menschenverachtende, kriegstreiberische Politik. Sie glauben hierin offenbar in guter Tradition mit Ihrem ehemaligen Parteichef und Gönner, dem Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl, zu handeln. In Wahrheit verkaufen und verraten Sie durch Ihre Naivität und blinde Ergebenheit zum selbsternannten «Kriegspräsidenten» G. W. Bush alle Prinzipien der Menschlichkeit, der Freiheit und des wirklichen Friedens. Wenn man Ihre zur Schau getragenen Solidaritätsbekundungen gegenüber den Staatsmächtigen US-Amerikas in den Medien betrachtet, erkennt man an

Ihrem Verhalten, an Ihrer Mimik und an Ihrem Reden, dass Sie dem Präsidenten Bush und seiner Außenministerin Condoleezza Rice willenlos ergeben sind und sie völlig kritiklos bewundern und anhimmeln. Sie plappern deren Lügen und falschzüngige Parolen von ‹Frieden und Freiheit für alle›, ‹Schaffung von Demokratien› und ‹Kampf gegen den Terrorismus› usw. nach, ohne dabei eine eigenständige Meinung zu vertreten. Das beweist Ihre gemeinsame Erklärung bei einer Pressekonferenz am 6. Dezember 2005, bei der Condoleezza Rice sich auf die Fragen nach den Folterpraktiken der USA in ausweichende Allgemeinplätze flüchtete, um die Weltöffentlichkeit ein weiteres Mal zu belügen und bezüglich der verbrecherischen Machenschaften der USA für dumm zu verkaufen. Unter anderem gab Rice folgende Lügen von sich: «Es ist vollkommen klar: Die Vereinigten Staaten dulden keine Folter. Es verstösst gegen das US-Gesetz, an Folter teilzunehmen oder Foltertaten zu planen. Die Vereinigten Staaten werden immer gemäss ihren Gesetzen und ihren internationalen Verpflichtungen handeln. Das hat der Präsident klar zum Ausdruck gebracht.» ... «Ich möchte besonders betonen, dass es sich um einen Rechtsstaat handelt. Wir sind ein Rechtsstaat. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um im Rahmen der Gesetze vorzugehen. Wir haben gemeinsame Werte und gehen nach rechtsstaatlichen Prinzipien vor. Was unser Vorgehen betrifft, werden wir die US-Gesetze und unsere internationalen Verpflichtungen einhalten. Wir werden alles tun, was wir im Rahmen der Gesetzeslage tun können, um die Menschen zu schützen.»

Inzwischen ist der Öffentlichkeit bewusst, dass die USA durch geheime CIA-Flüge Menschen nach Guantánamo verschleppen liessen und dass geheime CIA-Gefängnisse in Europa und der ganzen Welt existieren, in denen das Recht und die Menschlichkeit mit Füßen getreten und Menschen gefoltert und ermordet werden. Beides wird lügenhaft und mit der üblichen Dreistigkeit von den US-Regierenden bestritten und von der Mehrzahl der europäischen Regierungen stillschweigend resp. aus Angst vor den USA hingenommen. Die US-Mächtigen, ihre Helfer, Anhänger und Schergen halten sich nicht an Recht, Gerechtigkeit, Freiheit und die Gebote der Menschlichkeit, denn ihnen ist nur das ‹Gesetz des Stärkeren› und ihre eigene Macht heilig. Ihr Handeln wird durch den zynischen Grundsatz bestimmt: «Willst du nicht mein Bruder sein, dann schlag ich dir den Schädel ein!»

Leider folgen Sie dem falschen Freund USA auch im Fall des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan, den die grosse Mehrheit der deutschen Bevölkerung ablehnt. Infolge der Mitgliedschaft in der NATO, in der die USA das Sagen haben, hat sich Deutschland in diesen Krieg hineinziehen lassen. Aus reinem Machtstreben und aus einem krankhaften Grössenwahn heraus führt G. W. Bush auch dort seinen ‹Krieg gegen den Terrorismus›, den die USA selbst durch ihre feigen Überfälle auf Afghanistan und den Irak sowie durch ihren jahrzehntelangen Staatsterrorismus in allen Teilen der Welt ausgelöst haben und noch weiter schüren, sofern ihnen nicht endlich von verantwortungsbewussten Kräften Einhalt geboten wird.

Staatsführer, die Krieg, Elend und Not unschuldiger Menschen in den angegriffenen Ländern verursachen, sind genauso üble und feige Terroristen wie die von ihnen verfolgten Terroristen selbst, auch wenn sie sich ‹Präsident› oder ‹Premierminister› usw. nennen. Terror kann mit Gegenterror niemals wirkungsvoll bekämpft werden, und Sieger kann es in einem solchen Kampf niemals geben. Denn Verlierer ist dabei in jedem Fall immer die Zivilbevölkerung des angegriffenen Landes, die einen unberechenbar hohen Preis bezahlen muss für die fehlende Menschlichkeit, Menschenwürde und den Frieden, die sich nicht durch rachsüchtigen und verantwortungslosen Staatsterrorismus erzwingen lassen und von diesem selbst in die Knie gezwungen werden. Die USA und ihre Gefolgschaft in Form anderer Staatsmächtiger, Mitläufer und Kriegsschreier müssen sich ein für allemal aus allen von ihnen besetzten Ländern zurückziehen und in ihr eigenes Land zurückkehren, wenn dieser ‹Krieg gegen den Terrorismus› nicht in einem weltweiten Fiasko enden soll. Schon jetzt kann man von einem ‹Weltenbrand› sprechen, der den ganzen Planeten Erde erfasst hat und immer mehr um sich greift. Hauptverantwortlich für die Eskalation des Terrors sind in erster Linie die USA durch ihr arrogantes und ungerechtfertigtes Einmischen in die Angelegenheiten anderer Staaten und ihre Gier nach Bodenschätzen. Ein dauerhafter, weltweiter Frieden kann nur erreicht werden, wenn sich die militärischen, geheimdienstlichen und anderen zerstörerischen Kräfte der USA und ihrer

Verbündeten aus allen Ländern der Erde zurückziehen und endgültig in ihren eigenen Ländern verbleiben, um dort für Recht und Ordnung zu sorgen.

Die Bundesregierung, die NATO und das Bundesverfassungsgericht (siehe Urteil zur abgewiesenen Klage gegen den Tornadoeinsatz der Fraktion <Die Linke> vom 3.7.2007) begründen den Afghanistan-Einsatz mit dem <Verteidigungsfall>. Beim Verteidigungsfall handelt es sich nach Artikel 115a des Grundgesetzes um den Umstand, dass das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar bevorsteht. Die angreifende Macht muss dabei nicht mit Truppen die Grenzen der Bundesrepublik überschreiten. Fernwaffenbeschuss etwa genügt schon zur Feststellung des Angriffes. Vom Balkan über Djibouti bis Afghanistan, von der Beobachtermission bis zum <Kampf gegen den internationalen Terrorismus> stehen in Krisenregionen auf drei Kontinenten derzeit circa 7500 deutsche Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz. Der Afghanistan-Krieg der USA und ihrer Verbündeten im Jahr 2001 war die erste direkte militärische Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA und ist der Beginn des weltweiten Krieges der USA <gegen den Terrorismus>. Dieser richtete sich neben der für die Anschläge verantwortlich gemachten Terrororganisation Al-Qaida auch gegen das seit Mitte der 1990er Jahre in Afghanistan herrschende islamisch-fundamentalistische Taliban-Regime, das der Beherbergung und Unterstützung Osama bin Ladens und anderer hochrangiger Mitglieder von Al-Qaida bezichtigt wurde.

Es ist eindeutig, Frau Merkel, dass weder das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird noch ein solcher Angriff unmittelbar bevorsteht. Die Grenzen der BRD lassen sich nicht willkürlich um die geographische Lage der NATO-Mitgliedsländer erweitern. Leider lassen Sie sich als Bundeskanzlerin nach dem Belieben der US-Regierenden für deren schmutzige Zwecke benutzen und unterbinden nicht, dass Deutschland in einen verbrecherischen Krieg hineingezogen wird, den die USA verschuldet haben. Die traurigen Folgen Ihrer blinden USA-Gefolgschaft werden in Form weiterer Terroranschläge auch Deutschland in Mitleidenschaft ziehen, wenn Sie den US-Mächtigen nicht die Stirn bieten. Die Entführungen deutscher Staatsbürger, die Ermordung deutscher Soldaten und Anschläge im Bundesgebiet werden sich häufen, wenn Sie Ihre willfährige USA-Politik fortsetzen. Bedenken Sie, was uns die Geschichte lehren sollte: Jede Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder, Völker und Kulturen führt zwangsläufig zu Gewalt, Krieg, Zerstörung und brüllendem Leid der Menschen, auch wenn die Motivation für die religiöse, ideologische oder militärische Einmischung nach der subjektiven, aber höchst fragwürdigen Ansicht von Kolonialisten, Kriegsherren, Missionaren oder sonstigen Eindringlingen gerechtfertigt erscheint. Jeder Mensch, jede Gemeinschaft, jede Gesellschaft und jedes Volk muss seine Probleme von innen heraus, aus eigener Kraft und nach eigener Bestimmung lösen. Eine Einmischung von aussen ist unlogisch und zieht immer mehr und grössere Probleme und Konflikte nach sich, weil sie die Entwicklung von Selbstverantwortung und das Recht der Entscheidungsfreiheit gewaltsam hemmt. Dadurch verunmöglichen Einmischungen jeder Art die Selbstbestimmung und die natürliche Entfaltung der Menschen.

Afghanistan droht bezüglich Gewalt, Terrorismus und unkontrollierbarer Anarchie zu einem zweiten Irak zu werden, sofern nicht sofort alle militärischen und geheimdienstlichen Kräfte der USA, der NATO und anderer Fremdstaaten von dort abgezogen werden. Am 15. August 2007 wurden in Kabul drei deutsche Polizisten durch eine Mine getötet. Wie Sie zu Recht sagten, handelte es sich um einen feigen und schrecklichen Anschlag, der durch nichts zu rechtfertigen ist, der die drei Polizisten aber nur deshalb treffen konnte, weil sie wider jedes Recht und entgegen den Verteidigungsgesetzen der BRD dort überhaupt anwesend sein mussten – und daran trägt unsere Regierung die Schuld. Bis zum 15. August 2007 kamen in Afghanistan 25 Bundeswehrsoldaten ums Leben, 14 von ihnen durch Anschläge. Dafür sind Sie als Vorgesetzte des deutschen Verteidigungsministers und auch als Bundeskanzlerin mitverantwortlich, denn gemäss Artikel 115b des Grundgesetzes geht mit der Verkündung des Verteidigungsfalles die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte auf den Bundeskanzler über. Sie sollten sich also dessen bewusst sein, dass es noch mehr Opfer geben wird, sofern Sie nicht umgehend den Abzug aller deutschen Soldaten aus Afghanistan befehlen.

Der russische Präsident Alexander Putin hat bei der 43. Sicherheitskonferenz im Februar 2007 als erster Staatsmächtiger mutig und offen die Wahrheit über die Rolle der USA ausgesprochen. Die Atomgelüste von Iran und Nordkorea sind ohne Zweifel Gefahren für den Weltfrieden. Die grösste Bedrohung geht jedoch von den USA aus und ihrem machtgerigen Streben nach der uneingeschränkten Vorherrschaft in jeder Beziehung, dem sich der Rest der Welt in unterwürfiger Ja-Sager-Manier unterwerfen soll, wie Sie es in naiver und unverantwortlicher Hörigkeit zu US-Präsident Bush bereits tun. Nur ein totaler Rückzug der USA und ihrer Verbündeten aus allen von ihnen besetzten Ländern könnte nach Jahrzehnten der langsamen Beruhigung einen wirklichen weltweiten Frieden bringen. Stattdessen lassen sich aber die Europäer aus Feigheit, Angst und hündischer Ergebenheit den USA gegenüber für deren kriegshetzerische Zwecke missbrauchen und glauben immer noch, sich nicht gegen den durch die US-Regierung vorgeschobenen «Krieg gegen den Terror» wenden zu können. Welch brüllender Irrsinn – stehen doch die USA selbst für den weltweit grössten Staatsterrorismus, der jedem anderen Land, das die USA zu nahe an sich heranlassen, seine Ansichten, seine unzulängliche Regierungsform, sein Unrechtswesen und seine Anti-Demokratie aufzuzwingen versucht und den weltweiten Wunsch nach Frieden und Menschlichkeit mit Füßen tritt. Es wird höchste Zeit, dass Sie und alle anderen Verantwortlichen Europas dies endlich erkennen und die Machenschaften US-Amerikas offen nennen und sich dagegen stellen, wie es Putin bereits getan hat.

Die USA besitzen noch rund 10 000 Atomwaffen, wovon sich 4200 in «aktiver» Reserve befinden (das heisst sie sind zur Zeit nicht stationiert). Seit 1945 wurden von den USA etwa 70 000 Atomwaffen produziert, darunter 70 verschiedene Typen, von der kleinen Atommine bis zu gewaltigen Wasserstoffbomben mit Megatonnensprengkraft. Zur Zeit überholen die USA ihr gesamtes atomares Arsenal, um für die «neue Bedrohungslage» gewappnet zu sein. Dies wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Entwicklung neuer Atomwaffen, wie z.B. der sogenannten «Mininukes» und «Bunker Busters» einschliessen. Die USA halten sich erklärtermassen nicht an bestehende Verträge (NVV) und lehnen weiterführende Abkommen zur Begrenzung der nuklearen Bedrohung ab (Atomtest-Stoppvertrag, Vertrag über ein Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Waffenzwecke, Raketenabwehrvertrag). US-Atomwaffen sind in den folgenden europäischen Staaten stationiert: Belgien (bis zu 22 in Kleine Brogel), Deutschland (bis zu 22 in Büchel, bis zu 130 in Ramstein), Grossbritannien (bis zu 66 in Lakenheath), Niederlande (bis zu 22 in Volkel), Italien (bis zu 22 in Ghedi Torre, und bis zu 36 in Aviano), Türkei (bis zu 50 in Incirlik). Zusätzlich befinden sich wieder aktivierbare Atomwaffendepots in Deutschland (Memmingen und Nörvenich), in Griechenland (Araxos) und in der Türkei (Muried und Balikesir), wo momentan aber keine Atomwaffen stationiert sind.

Ist es nicht paradox, dass ausgerechnet die USA, die mit Abstand die grösste Anzahl tödlicher Atomwaffen ihr eigen nennen, sich als Weltpolizei aufspielen und anderen Ländern den Besitz von Atomwaffen verbieten wollen, nachdem sie diese bereits 1945 als erstes Land im Krieg gegen Japan zündeten und Hunderttausenden Menschen in den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki einen schrecklichen und grausamen Tod gebracht haben? Ein Land, das sich Derartiges anmassst und solche Verbrechen auf sich lädt, kann und darf nicht den Platz einer Weltpolizei einnehmen, weil es durch sein Unrechtsdenken und seine kriminelle Vorgehensweise in keiner Weise in der Lage ist, einen solchen Status zum Wohl der Weltgemeinschaft auszufüllen, und deshalb muss sich jede verantwortungsbewusste Regierung dagegen stellen – auch Sie, Frau Merkel.

Die drohende Gefahr eines Dritten Weltkrieges konnte vorerst abgewendet werden. Dies ist auch der Tatsache zu verdanken, dass sich Ihr Vorgänger Gerhard Schröder zusammen mit dem französischen Präsidenten Chirac und dem russischen Präsidenten Putin vor Beginn des Irak-Krieges im März 2003 nicht in die «Koalition der Willigen» eingereiht, sondern sich offen gegen den von Bush, Blair und Konsorten beschlossenen feigen Überfall auf den Irak ausgesprochen hat. Bei den Kongresswahlen in den Vereinig-

ten Staaten vom 7. November 2006 konnten die Demokraten glücklicherweise die Mehrheit im Repräsentantenhaus zurückerobern. Im Senat sind die beiden grossen Parteien praktisch gleich stark, jedoch haben die Demokraten durch zwei sich ihnen zuneigende Unabhängige auch dort eine hauchdünne Mehrheit. Wie bereits erwähnt, ist es dieser Entscheidung der US-amerikanischen Wähler zu verdanken, dass George W. Bush im November 2006 nicht den vom ihm bereits geplanten und beschlossenen Krieg gegen den Iran auslösen konnte, der mit grosser Wahrscheinlichkeit zu einem Dritten Weltkrieg geführt hätte.

Im August 2007 wurde bekannt, dass die US-Regierung an Saudi-Arabien Waffen im Wert von rund 20 Milliarden Dollar (14,6 Milliarden Euro) liefern will. Für Ägypten sind Militärhilfen in Höhe von 13 Milliarden Dollar vorgesehen. Auch Israel soll Rüstungsgelder von etwa 30 Milliarden Dollar erhalten. Angeblich wollen die USA mit den Waffenlieferungen die gemässigten Kräfte in der Region unterstützen, um «gegen den negativen Einfluss von Al-Qaida, Hisbollah, Syrien und dem Iran» vorzugehen, sagte Rice. Dass Aufrüstung und Waffengewalt nie zu einer friedlichen Lösung führen können, sondern immer nur Gewalt und Gegengewalt auslösen, das sollten Sie aus Erfahrung wissen, Frau Merkel. In Wahrheit geht es bei den Waffenlieferungen an US-freundliche Staaten nur um die Stärkung der Vormachtstellung der USA im Nahen Osten und darum, den USA und dem verbündeten Israel die Ressourcen der Region zu sichern.

Auch bezüglich Ihrer Europa-Politik muss leider gesagt werden, dass Sie die Übel noch fördern, weil Sie scheinbar gedankenlos Ihren Vorgängern folgen, insbesondere Ihrem Vorbild Helmut Kohl. Es genügt Ihnen offenbar, als «allseits geschätzte Moderatorin» bereits beschlossene Vorhaben weiterzuführen und um jeden Preis zu einer Einigung zu kommen. Das eigenständige Überdenken und Beurteilen einer Sache resp. das «Richtig» oder «Falsch» scheint Ihnen dabei zweitrangig zu sein. Mit der Förderung der «Europäischen Einigung» nähren Sie eine Schlange am Busen, denn die Europäische Union ist in Wahrheit keine Demokratie, sondern faktisch eine Diktatur, die den Menschen lügnerisch Gleichheit, Freiheit und Wohlstand verspricht, diese jedoch durch ihre unvernünftigen Gesetze und Vorschriften versklavt und ausbeutet. Sie, Frau Merkel, und alle anderen Verantwortlichen in Europa sollten sich folgendes bewusst machen: Mit dem Beitritt zur EU verlieren Land und Bürger nicht nur ihre effektive Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, sondern sie werden in der EU-Kolonie zu demütigen Befehlsempfängern einer gross-angelegten neuzeitlichen Staaten- und Bevölkerungsverklavung degradiert. Mit dem Beitritt zur EU und der Annahme ihrer Gesetze erwarten die Bürger neue Steuern und Abgaben sowie höhere Kosten in allen Lebensbereichen, wovon dann die unverschämte hohen Gehälter der EU-Bonzen finanziert werden. Den Menschen in Europa droht durch die Europäische Union neben der Ausbeutung und Entmündigung in allen Bereichen zusätzlich die schleichende Totalüberwachung durch staatliche Organe, die ihre Privatsphäre, ihre Rechte und Freiheiten immer mehr einschränkt. Leider erkennt die Mehrheit noch nicht, dass die europäischen Staaten auch ohne eine EU-Vormundschaft zusammenleben und zusammenarbeiten können, wobei sie ihre Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung behalten würden. Stattdessen schreien sie in ihrer Dummheit und Naivität noch Pro und Hurra für die bevorstehende totale Überwachung des einzelnen, für noch höhere EU-Steuern und das Verkaufen und Verraten der eigenen Interessen an die EU-Diktatur durch verantwortungslose, profitgierige und gewissenlose Politiker.

Ein weiterer entscheidender Faktor für die Zukunft der Menschheit ist das Tabu der Bekämpfung der Überbevölkerung, das Sie in Ihrer Amtszeit endlich brechen und sich damit in der ganzen Welt profilieren könnten. Sie setzen sich richtigerweise für einen weltweiten Klimaschutz ein, doch erkennen Sie entweder die eigentliche Wurzel des Übels nicht oder – und das erscheint wahrscheinlicher – wissen Sie sehr wohl, dass die Überbevölkerung die Wurzel aller Übel ist, vermeiden aber das offene Aussprechen der Wahrheit, weil Sie die Folgen fürchten und Angst um Ihre Position haben. Um es nochmals klar zu sagen: Die eigentliche Ursache des Klimawandels ist die weltweite Überbevölkerung und das explodierende Bevölkerungswachstum unseres Planeten. Die Überbevölkerung verursacht sämtliche grossen Probleme wie Hunger, Luftverschmutzung, Wasserknappheit, Epidemien, rapide zunehmende Klimaerwärmung, Naturkata-

stropfen aller Art, Kriege, Terror, Verrohung und Degenerierung der Menschen, Gewalteskalationen, Umweltzerstörung, Erdausbeutung, Völkerwanderungen, usw. usf. und lässt diese immer umfassender und stetig unlösbarer werden. Schon jetzt sind zwei Drittel aller Naturkatastrophen ursächlich auf die Unvernunft des Menschen zurückzuführen, der durch seinen hemmungslosen Reproduktionswahn eine galoppierende Überbevölkerung von mittlerweile weit über 7,5 Milliarden Menschen verursacht hat. Die Erde verkräftet ohne weitere katastrophale Folgen für die Menschen keinen unkontrollierten Zuwachs mehr, denn längst ist die natürliche Harmonie unserer Welt aus den Fugen geraten und droht durch die Vernichtung der Natur in der globalen Selbstvernichtung der Menschheit zu enden. Gemessen an der Fläche fruchtbaren Bodens ist unser Planet lediglich für rund 500 Millionen Menschen geschaffen. Diese Zahl nannte Prof. Heinz Haber bereits im Jahre 1965 in seinem Buch <Stirbt unser blauer Planet?>. Nach seinen und den Berechnungen anderer namhafter Wissenschaftler können sich 12 Menschen von einem Quadratkilometer Erdoberfläche im Überfluss ernähren, wenn es sich um freies, fruchtbares und bewirtschaftbares Land handelt. Auch die Anzahl von 1,5 Milliarden Menschen wäre für die Erde noch ohne tiefgreifendere Folgen verkraftbar. Mit rund 7,5 Milliarden Menschen im Jahr 2007 ist das Mass des Verantwortbaren jedoch schon längst überschritten. Wir treiben unserem selbstverschuldeten Untergang entgegen und begehen mit dem unkontrollierten Bevölkerungszuwachs ein Verbrechen an der Natur, unserem Heimatplaneten Erde und allen uns nachfolgenden Generationen, denen wir durch den gewissenlosen Raubbau an den Erdressourcen die Lebensgrundlagen entziehen.

Im Gegensatz zu den durch Regierungen, Religionen und den meisten Umweltorganisationen propagierten reinen Symptombekämpfungen ist eine sofortige Ursachenbekämpfung dringend notwendig. Die von Ihnen und den sogenannten Umweltaktivisten (Al Gore & Co.) geforderte reine Symptombekämpfung ist völlig wirkungslos, weil während der Zeit, in der zwar richtige Beschlüsse gefasst und umgesetzt werden, bereits wieder Hunderttausende oder gar Millionen neuer Erdenbürger geboren werden, die mit ihren Ansprüchen die gefassten Beschlüsse bereits wieder unterlaufen und unwirksam machen und den Bedarf an Ressourcen sowie den klimazerstörenden Schadstoffausstoß rapide nach oben schnellen lassen. Daher kann nur ein sofortiger, kontrollierter, etappenweiser weltweiter Geburtenstopp die Menschheit noch vor einer schlimmen Zukunft bewahren. Sie als Bundeskanzlerin, Frau Merkel, haben zusammen mit allen anderen Verantwortlichen die Möglichkeiten, daran etwas zu ändern. Sie können dafür plädieren, dass entweder durch Vernunft und aus Verantwortungsbewusstsein heraus sofort und weltweit harte aber humane Geburtenstopp-Massnahmen eingeleitet werden, oder Sie können durch weiteres Schweigen und durch eine Vogel-Strauss-Haltung den unverantwortlichen Egoismus noch weiter fördern. Wenn nicht umgehend weltweit etwas gegen die Überbevölkerung unternommen wird, wenn die Menschen nicht darüber belehrt und informiert werden, dass das weltweite Gemeinwohl über dem Eigennutz zu stehen hat, dass jeder durch sein Verhalten dazu beizutragen hat und dass der durch die Religionen propagierte Reproduktionswahn rigoros unterbunden wird, schlittert die Weltbevölkerung in eine Katastrophe ohnegleichen, in der durch die zwangsläufig folgenden und immer unkontrollierbarer und schlimmer werdenden Naturkatastrophen, Hungersnöte, Kriege und Verteilungskämpfe usw. in Zukunft Milliarden von Menschen unnötige Tode sterben werden. Die Wahrheit ist die: Die Erde ist bereits jetzt ungeheuer und völlig unverantwortlich überbevölkert und treibt dadurch ihrer eigenen und damit der Zerstörung des gesamten Lebens entgegen, was allein die Schuld der Menschen ist.

Sollen die Menschen der Zukunft mit Schaudern auf die Zeit zurückblicken und sagen können: «Welche Unvernunft, Unwissenheit, materialistische Verblendung, irre Selbstherrlichkeit, Verantwortungslosigkeit doch damals herrschte!»? Sollen sich die Menschen der Zukunft ihrer Vorfahren schämen müssen für die verpassten Chancen, die leichtfertig und egoistisch das Überleben der Menschheit und den Frieden aufs Spiel setzten? Sollte nicht der Wahnsinn der Zerstörungen an der Natur durch den Menschen jetzt gestoppt und Überbevölkerung, Terror und Krieg durch die richtigen Massnahmen jetzt unterbunden werden? Sie,



Frau Merkel, haben zusammen mit Ihren Regierungskollegen die Macht, dazu die notwendigen Grundsteine zu legen und sich dafür für alle Zukunft ein Denkmal zu setzen.

Frau Merkel, überdenken Sie bitte die genannten Tatsachen und handeln Sie mit Verstand und Vernunft. Tun Sie das Notwendige und Richtige und werden Sie Ihrer Verantwortung als Mensch und als Bundeskanzlerin der BRD gerecht:

- Bieten Sie der verantwortungslosen US-Regierung die Stirn und stellen Sie sich offen gegen deren verbrecherische Machenschaften.
- Ziehen Sie unsere deutschen Truppen aus dem Ausland ab.
- Wehren Sie sich gegen die Diktatur der Europäischen Union.
- Setzen Sie sich öffentlich für sofortige weltweite, wirkungsvolle Geburtenkontrollen ein.

Achim Wolf, Deutschland